

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/050(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 13.06.2022	Ratssaal	16:00Uhr	20:04Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
 - 6.10 Sicherer Eingang für Kinder
Fraktion DIE LINKE
WV v. 24.02.2022 A0033/22
 - 6.10.1 Sicherer Eingang für Kinder S0115/22
 - 6.11 Freier Eintritt für Kinder in den Elbauenpark
Fraktion DIE LINKE
WV v. 24.02.2022 A0037/22
 - 6.11.1 Freier Eintritt für Kinder in den Elbauenpark
Jugendhilfeausschuss A0037/22/1
 - 6.11.2 Freier Eintritt für Kinder in den Elbauenpark S0080/22

6.12	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren CDU-Ratsfraktion WV v. 24.03.2022	A0050/22
6.12.1	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren Fraktion DIE LINKE WV v. 24.03.2022	A0050/22/1
6.12.2	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren Verwaltungsausschuss	A0050/22/2
6.12.3	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren Fraktion Grüne/future!	A0050/22/3
6.12.4	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren	S0118/22
6.13	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke SPD-Stadtratsfraktion WV v. 24.03.2022	A0057/22
6.13.1	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke CDU-Ratsfraktion WV v. 24.03.2022	A0057/22/1
6.13.2	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke Fraktion DIE LINKE	A0057/22/2
6.13.3	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke SPD-Stadtratsfraktion	A0057/22/3
6.13.4	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke	S0146/22
6.14	Städtebauliche Qualität bei Lärm-/Sichtschutzmaßnahmen der MVB Interfraktionell WV v. 24.03.2022	A0059/22
6.14.1	Städtebauliche Qualität bei Lärm-/Sichtschutzmaßnahmen der MVB	S0138/22
6.15	Trinkwasserspender oder Trinkbrunnen in Schulen und Kitas Fraktion AfD WV v. 12.05.2022	A0097/22

Neuanträge

6.16	Konzeptverfahren Hermann-Gieseler-Halle Ausschuss StBV	A0100/22
6.17	Drop & Shop Stationen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0101/22
6.18	Ratskeller- Sicherung Inventar und Weitervermietung Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0102/22
6.19	Etablierung einer Wissensakademie in Magdeburg Interfraktionell	A0103/22
6.20	Attraktivität für Kommunalpolitik CDU-Ratsfraktion	A0104/22
6.21	Magdeburg braucht digitale Dachstrategie CDU-Ratsfraktion	A0105/22
6.22	Auge der Geschichte Interfraktionell	A0108/22
6.23	Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“ SPD-Stadtratsfraktion	A0110/22
6.24	Priorisierte Auswechslung der Papierkörbe am Spielplatz am Albinmüller-Turm im Stadtpark Rotehorn Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0112/22
6.25	MelderApp SPD-Stadtratsfraktion	A0113/22
6.26	Umgestaltung Friedensplatz SPD-Stadtratsfraktion	A0114/22
6.26.1	Umgestaltung Friedensplatz Fraktion AfD	A0114/22/1
6.27	Zusätzlicher Schulbus für Olvenstedt CDU-Ratsfraktion	A0106/22
6.28	Ganzheitliches, nachhaltiges Verkehrskonzept für Cracau Fraktion GRÜNE/future!	A0107/22
6.29	Buslinie im Ringverkehr durch Werder während der Sperrung der Strombrücke einsetzen Interfraktionell	A0109/22
6.30	Strukturelle Radverkehrsförderung bis 2030 Interfraktionell	A0111/22

6.31	Einfacher Zugang für Kinder zu Trinkwasser an Bildungs- und Betreuungsstätten sichern Interfraktionell	A0115/22
6.32	Sicheren Übergang über die Friedrich-Ebert-Straße schaffen Fraktion AfD	A0116/22
6.33	Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0117/22
6.34	Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0118/22
6.35	Gründung Klimabeirat für Magdeburg Interfraktionell	A0119/22
6.35.1	Gründung Klimabeirat für Magdeburg Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0119/22/1
6.36	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0120/22
6.37	Müllproblematik vor der MDCC-Arena Fraktion AfD	A0122/22
6.38	Unterstützung für den 1.FC Magdeburg bei der Verbesserung der Infrastruktur für den Spiel- und Trainingsbetrieb Interfraktionell	A0123/22
6.39	Änderung Gefahrenabwehrverordnung, § 8 „Baden in Gewässern“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0121/22
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.14	Baustellenmanagement in Ostelbien SR Rupsch	F0168/22
8.2	Umbau SKET zum Einkaufszentrum SR Jannack	F0155/22
8.13	Veränderte Verkehrssituation durch Baustellen auf Fuß- und Radwegen verstehen, Teil 2 SR Baum	F0167/22
8.1	Ausstellung auf dem Erhard-Hübner-Platz SR Jannack	F0152/22
8.3	Zustand rund um das Gelände des ehemaligen MDR Funkhauses SR Moll	F0154/22

8.4	Smartbenches SR'n Schumann	F0156/22
8.5	Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages des Europapokalsieges des 1. FC Magdeburg SR'n Schumann	F0157/22
8.6	Bebauungspläne für Einfamilienhausgebiete SR Hoffmann	F0158/22
8.7	Anregungen, Anfragen, Stellungnahmen, Informationen und Vertretungen SR Rupsch	F0159/22
8.8	Behördliche Schließung EKZ Buckau SR Guderjahn	F0160/22
8.9	Gebühren für Obdachlosenunterkünfte in der Landeshauptstadt Magdeburg SR'n Fassl	F0162/22
8.10	Auswirkungen des neuen Parkdeckels SR'n Linke	F0163/22
8.11	Sachstand ehemaliges Fahlberg-List-Gelände SR'n Fassl	F0164/22
8.12	7 Jahre und wieder Stillstand? B-Plan Nr. 312-2 „Große Diesdorfer Straße/ Dehmbergstraße„im Teilbereich SR Zander	F0165/22
8.15	Ersatz von Verdienstausschlag für Stadträtinnen und Stadträte der Landeshauptstadt Magdeburg SR Guderjahn	F0169/22
8.16	Eingriff in die Festungsanlage Großer Werder? SR Mertens	F0170/22
8.17	Mahd von Grünflächen SR'n Natho	F0166/22
8.18	Pflege- und Entwicklungskonzept Volkspark Westerhüsen SR Meister	F0171/22
8.19	Gouvernementsberg SR Meister	F0172/22

8.20 Bundesweiter Tag des Hundes am 12. Juni auch in Magdeburg? F0173/22
SR Müller

8.21 Rettungswache am Altstadtquartier – ein ewiges Provisorium? F0174/22
SR Müller

Nichtöffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates, Herr Belas, eröffnet die 050.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	35	“	“
maximal anwesend	41	“	“
entschuldigt	16	“	“
unentschuldigt	-		

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.10. Sicherer Eingang für Kinder A0033/22
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 24.02.2022

Die Ausschüsse BSS, FuG und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadträtin Lösch, bringt erläuternd den vorliegenden Antrag A0033/22 ein.

Gemäß vorliegendem Antrag A0033/22 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 0 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4121-050(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Initiative "Sicherer Eingang für Kinder" zu starten. An dieser können sich Läden, Einrichtungen sowie Träger beteiligen, die sich auf Schulwegen, an Spiel- oder Sportplätzen sowie weiteren von Kindern genutzten Orten im Stadtgebiet befinden und im Bedarfsfall ein sicherer Ort für Kinder sein können.

6.11. Freier Eintritt für Kinder in den Elbauenpark A0037/22
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 24.02.2022

Die Ausschüsse WTR, K, FG und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0037/22/1.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadträtin Lösch, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden Antrages A0037/22 und merkt an, dass ihre Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0037/22/1 des Ausschusses Juhi mitträgt.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi, Stadtrat Jannack, informiert über die geführte Diskussion im Ausschuss und bringt den Änderungsantrag A0037/22/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses WTR, Stadtrat Pasemann, begründet das Votum mit dem Hinweis auf die fehlenden Finanzierungsquellen und die bereits bestehenden Vergünstigungen im Elbauenpark. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fraktion AfD spricht er sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Ablehnung des Antrages A0037/22 aus.

Stadtrat Stage, Mitglied im Ausschuss FG, gibt den Hinweis, dass im Ausschuss FG über die Finanzierungsquellen diskutiert wurde. So bestehe die Möglichkeit, den Beitrag für Erwachsene zu erhöhen, um den Verlust der Einnahmen auszugleichen. Allerdings sieht er die Umsetzung für dieses Jahr für zu kurzfristig und regt an, den Antrag erst im Jahr 2023 umzusetzen.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG, Stadtrat Stern, bittet darum, die vorliegende Stellungnahme S0080/22 der Verwaltung zu beachten und bei Anträgen mehr auf das Geld zu achten.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, verweist auf eine Antragstellung seiner Fraktion im Jahr 2018 zum Thema „freies Baden für Kinder“ und legt dar, dass diese damals von der Fraktion DIE LINKE als rein populistisch bezeichnet wurde.

Der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future!, Stadtrat Meister, bringt den Änderungsantrag ein, im Beschlusstext das Jahr auf 2023 zu ändern.

Im Rahmen der weiteren Diskussion macht der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, klarstellende Ausführungen zur Zielsetzung des Antrages. In Richtung der CDU-Ratsfraktion sprechend merkt er an, dass eine 3. Elbquerung von der CDU-Ratsfraktion ohne Angabe einer Deckungsquelle beantragt wurde.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, vertritt die Auffassung, dass die Relation zwischen Beschlüssen zu Millionenbeträgen und kleineren Beträgen nicht gewahrt sei. Er würde es begrüßen, wenn im Elbauenpark selber für viele Leistungen ein kleiner Obolus zu zahlen wäre und begründet seine Auffassung. Abschließend signalisiert er seine Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0037/22.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Stadtrat Schwenke, weist den Vorwurf des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, zurück, dass seine Fraktion keine Finanzierungsquellen in Anträgen angäbe. Eingehend auf den vorliegenden Antrag vertritt er den Standpunkt, dass der Eintritt im Park gering sei und es keine Notwendigkeit gäbe, diesen für Kinder kostenfrei zu machen. Abschließend signalisiert Stadtrat Schwenke im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, verweist darauf, dass die Otto-City-Card auch freie Eintritte beinhalte und man diese mehr bewerben sollte.

Stadträtin Mayer-Pinger, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, bezeichnet die derzeitigen Eintrittspreise als vertretbar und erklärt, dass sich die Stadt keine weiteren Vergünstigungen leisten kann.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Stadträtin Schumann, legt ihr Hauptaugenmerk auf die vorhandenen Attraktionen im Elbauenpark und gibt den Hinweis, dass die Angebote dort alle kostenfrei seien. Sie gibt zu bedenken, dass für die Pflege und Gestaltung des Parks auch Gelder benötigt werden. Stadträtin Schumann bezeichnet im Weiteren den Änderungsantrag des Stadtrates Meister als vernünftig.

Stadtrat Baum, Fraktion DIE LINKE, gibt den Hinweis, dass durch das derzeitige 9-Euro-Ticket auch mehr Menschen aus dem Umland den Park besuchen werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 21 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE/future! –

Im Beschlusstext ist das Jahr in 2023 zu ändern –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 22 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0037/22/1 des Ausschusses Juhi -

Der Antrag wird wie folgt geändert (**Änderung fett**)

In den Sommerferien 2022 erhalten Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre freien Eintritt in den Elbauenpark.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der Geschäftsführung der NKE/MVGM Gespräche zur Umsetzung entsprechender Preisgestaltung zu führen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt der NKE/MVGM entsprechenden finanziellen Ausgleich bereit. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 7 Ja-, 26 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4122-050(VII)22

Der Antrag A0037/22 der Fraktion DIE LINKE –

Ab dem 1. Juni 2022 erhalten Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre freien Eintritt in den Elbauenpark.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der Geschäftsführung der NKE/MVGM Gespräche zur Umsetzung entsprechender Preisgestaltung zu führen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt der NKE/MVGM entsprechenden finanziellen Ausgleich bereit. –

wird **abgelehnt**.

6.12.	Gebärdensprachdolmetscher: Barrierefreiheit im Magdeburger Stadtrat realisieren	A0050/22
	CDU-Ratsfraktion WV v. 24.03.2022	

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse VW und GeSo betrachten den Antrag mit Beschlussfassung zum 2. Änderungsantrag des Ausschusses VW als erledigt.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0050/22.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Stadtrat Schwenke, verweist auf die umfängliche Diskussion im Verwaltungsausschuss und signalisiert im Namen seiner Fraktion, dass sie dem vorliegenden Änderungsantrag A0050/22/2 des Ausschusses VW folgen werden.

Stadtrat Borowiak, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den Änderungsantrag A0050/22/3 ein.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, begrüßt den vorliegenden Antrag A0050/22, vermisst aber den Finanzierungsvorschlag.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, verweist auf die Schwierigkeit, mit dem Gebärdendolmetscher zu arbeiten. Er spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme der Änderungsanträge A0050/22/2 und A0050/22/3 aus, beantragt aber, den Änderungsantrag A0050/22/3 als Ergänzung zu beschließen.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, verweist auf die geringe Anzahl der Nutzer und vertritt die Auffassung, dass es andere Möglichkeiten gäbe, die Stadtratssitzung zu verfolgen. Im Weiteren merkt er an, dass seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0050/22/2 des Ausschusses VW nicht nachvollziehen könne, da die Prüfung bereits erfolgt ist. Abschließend signalisiert er im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zu allen vorliegenden Änderungsanträgen und dem Antrag.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Stadträtin Schumann, informiert, dass ihre Fraktion dem Vorschlag des Ausschusses VW zustimmen und die anderen Änderungsanträge ablehnen werden.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Mertens, Fraktion AfD, stellt Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, klar, dass jeder Mensch das Recht habe, die Stadtratssitzung zu verfolgen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, macht erläuternde Ausführungen zum vorliegenden Änderungsantrag A0050/22/1.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper deutlich, dass die Verwaltung schrittweise in dieser Frage vorgehen und eine entsprechende Drucksache erarbeitet werde.

Abschließend fasst der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates, Herr Belas, die bevorstehende Beschlussfassung zusammen.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0050/22/2 des Ausschusses VW, der den Antrag A0050/22 ersetzt, **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 3 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4123-050(VII)22

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen, die Problematik Gebärdensprachdolmetscher einzuführen und die Verwaltung zu beauftragen, das Verfahren der Einführung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mit der Beschlussfassung zu dem 2. Änderungsantrag des Ausschusses VW hat sich die Beschlussfassung zu den anderen Änderungsanträgen und dem Antrag erledigt.

Hinweis:

Der Stadtrat hat sich darüber verständigt, dass die Inhalte der noch vorliegenden Änderungsanträge bei der Erarbeitung der durch den Oberbürgermeister angekündigten Drucksache mitberücksichtigt werden.

6.13.	Benennung der Pylonbrücke – Saporischschjabrücke	A0057/22
	SPD-Stadtratsfraktion WV v. 24.03.2022	

Aufgrund noch offener Fragen zur Schreibweise zieht der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, den Antrag A0057/22 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

6.14.	Städtebauliche Qualität bei Lärm-/Sichtschutzmaßnahmen der MVB	A0059/22
	Interfraktionell WV v. 24.03.2022	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden interfraktionellen Antrages A0059/22.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, bedauert, dass die Antragsteller seine Fraktion nicht mit einbezogen haben. Er nimmt zum Antrag Stellung und geht dabei insbesondere auf die Kostenfrage ein. Er fragt nach, inwieweit man jetzt noch in die Planung eingreifen könne.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum, erklärt, dass dies nichts mit der eigentlichen Bauverbindung zu tun habe. Er gibt im Weiteren den Hinweis, dass es sich um Sichtschutzwände und nicht um Schallschutzwände handele.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future!, Stadträtin Linke, gibt den Hinweis, dass es sich hierbei um eine generelle Entscheidung für die Zukunft handele.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV, Stadtrat Stage, verweist auf das Votum des Ausschusses und bittet darum, in diesem Sinne den Antrag zu beschließen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0059/22 mit 25 Ja-, 6 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4124-050(VII)22

1. Die Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH soll bei der Errichtung von Lärm- bzw. Sichtschutzmaßnahmen an den Trassen von Neubautrecken der Straßenbahn, die durch Siedlungsgebiete gehen, eine angemessene städtebauliche Qualität umsetzen.
2. Die Vertreter*innen in der Gesellschafterversammlung sollen auf die Umsetzung dieses Beschlusses dringen.

6.15.	Trinkwasserspender oder Trinkbrunnen in Schulen und Kitas	A0097/22
	Fraktion AfD WV v. 12.05.2022	

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Stadtrat Pasemann, bringt den Antrag A0097/22 ein.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0097/22 in die Ausschüsse BSS und GeSo – ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 21 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der GO-Antrag des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0097/22 in die Ausschüsse BSS und GeSo –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 5 Ja-, 32 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 4125-050(VII)22

Der Antrag A0097/22 der Fraktion AfD –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Voraussetzungen zu schaffen, Trinkbrunnen oder Trinkwasserspender in Schulen und Kitas installieren zu können. Speziell im Zuge von Schulneubauten und Schulsanierungen ist darauf Wert zu legen, dass in den Gebäuden ein Trinkbrunnen oder Trinkwasserspender optional eingeplant wird. Wartungs- und Folgekosten sind über das Kommunale Gebäudemanagement zu tragen. –

wird **abgelehnt**.

Neuanträge

6.16. Konzeptverfahren Hermann-Gieseler-Halle A0100/22
Ausschuss StBV

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0100/22 in die Ausschüsse WTR und FG – vor.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV, Stadtrat Stage, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus und macht klarstellende Ausführungen zur Zielstellung des Antrages.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum, informiert, dass sich die Wobau gemeinsam mit den Denkmalschützern das Areal angeschaut hat. Demnach besteht die Möglichkeit, die Halle selbst zu erhalten, die Nebengebäude aber nicht. Er teilt mit, dass das Wohnungsbauunternehmen nur die Halle übernehmen würde.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 23 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag – der Antrag A0100/22 wird in die Ausschüsse WTR und FG überwiesen – wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, gibt den Hinweis, dass es zu dieser Thematik noch 2 weitere Anträge gibt.

Gemäß vorliegendem Antrag A0100/22 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 14 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4126-050(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzeptverfahren für die zukünftige Nutzung der Hermann-Gieseler-Halle vorzubereiten und eine dafür nötige Beschlussvorlage vorzulegen. Das Ziel ist die denkmalgerechte Sanierung und eine angemessene zukunftssichernde denkmalverträgliche Nutzung des Baudenkmals. Dabei sind ausdrücklich verschiedene Sortimente, Nutzungskonzepte und Eigentumsformen (Kauf, Erbbaupacht) zulässig.

6.17. Drop & Shop Stationen A0101/22
Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0101/22 in die Ausschüsse WTR, StBV und FG – vor.

Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, spricht sich gegen die Annahme des vorliegenden GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 25 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag -

Der Antrag A0101/22 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei wird in die Ausschüsse WTR, StBV und FG überwiesen.-

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 14 Ja-, 23 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4127-050(VII)22

Der Antrag A0101/22 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei –

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, in welchen Bereichen die Möglichkeit besteht, Drop & Shop Stationen (Fotobeispiel siehe Anlage) an den zentralen Orten der Landeshauptstadt Magdeburg zu installieren. Neben der Standortprüfung sollen die Möglichkeiten der Bewirtschaftung der Stationen sowie Angebote von Herstellern betrachtet werden. Zusätzlich sollen Gespräche mit den Eigentümern der großen Einkaufszentren (Florapark, Allee Center und Bördepark) geführt werden um den Bau von Drop & Shop Stationen auf den Centerparkplätzen zu forcieren. –

wird **abgelehnt**.

6.18. Ratskeller- Sicherung Inventar und Weitervermietung

A0102/22

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht anhand von Bildmaterial erläuternde Ausführung zum Hintergrund des vorliegenden Antrages A0102/22 und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Antragstellung und würdigt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Ratskellers als traditionelle Gaststätte auch bei Stadtführungen.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Stadtrat Pasemann, hält den Antrag für nicht umsetzbar und sieht die Gefahr, dass dies die Ausschreibung der Gaststätte erschweren würde. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages.

Auf Nachfrage des Stadtrates Schuster, CDU-Ratsfraktion, wem das Mobiliar gehöre, macht Stadtrat Guderjahn erläuternde Ausführungen zum Werdegang des Ratskellers.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, signalisiert die Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat den Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz mit 19 Ja-, 16 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4128-050(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Inventar des Ratskellers im Alten Rathaus in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erwerben, um es für den Weiterbetrieb sicherzustellen.

Zukünftig soll der Ratskeller inclusive des Inventars vermietet werden und das Inventar im Besitz der Landeshauptstadt Magdeburg verbleiben.

6.19. Etablierung einer Wissensakademie in Magdeburg

A0103/22

Interfraktionell

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0103/22 **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 6 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4129-050(VII)22

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwiefern in Magdeburg der Aufbau einer Wissensakademie nach dem Vorbild der Schillerakademie der Friedrich-Schiller-Schule (Gymnasium der Stadt Leipzig) forciert werden kann.

Die Ergebnisse sind im Verwaltungsausschuss, im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport sowie im Kulturausschuss vorzustellen.

6.20. Attraktivität für Kommunalpolitik

A0104/22

CDU-Ratsfraktion

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0104/22 in die Ausschüsse KRB und VW, der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0104/22 in den Ausschuss FuG – und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0104/22 in den Ausschuss Juhi - vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0104/22 wird in die Ausschüsse KRB, VW, FuG und Juhi überwiesen.

6.21. Magdeburg braucht digitale Dachstrategie A0105/22
 CDU-Ratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0105/22 in die Ausschüsse KRB und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0105/22 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

6.22. Auge der Geschichte A0108/22
 Interfraktionell

Es liegen der interfraktionelle GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0108/22 in die Ausschüsse FG, UwE und K, der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0108/22 in den BA SFM und Ausschuss VW und der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0108/22 in den Ausschuss WTR – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0108/22 wird in die Ausschüsse FG, UwE, K, WTR, VW und in den BA SFM überwiesen.

6.23. Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“ A0110/22
 SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future!, der Fraktion DIE LINKE und CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0110/22 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0110/22 der SPD-Stadtratsfraktion wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.24. Priorisierte Auswechslung der Papierkörbe am Spielplatz am Albinmüller-Turm im Stadtpark Rotehorn A0112/22
Fraktion FDP/Tierschutzpartei
-

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future! und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0112/22 in die BA SAB und BA SFM und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0112/22 in den BA SAB – vor.

Stadträtin Schulz, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 28 Ja-, 7 Neinstimmen und 3 Enthaltungen.

Der Antrag A0112/22 wird in die BA SAB und BA überwiesen.

- 6.25. MelderApp A0113/22
SPD-Stadtratsfraktion
-

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0113/22 in den Ausschuss KRB, der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0113/22 in die Ausschüsse KRB und VW – und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0113/22 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0113/22 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

- 6.26. Umgestaltung Friedensplatz A0114/22
SPD-Stadtratsfraktion
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0114/22/1 der Fraktion AfD vor.

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0114/22 in die Ausschüsse StBV, UwE, WTR, K und in den BA SFM – und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0114/22 in den Ausschuss StBV – vor.

Sie fragt nach, ob es Absprachen mit der MVB geführt wurden und wie hoch die Kosten seien.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, bedankt sich in diesem Zusammenhang beim Dezernat VI für den reibungslosen Baustellenablauf bei der Verlängerung der Strombrücke. Er bittet in diesem Zusammenhang zu schauen, wo die Haltestelle im Bereich der Zollstraße eingerichtet werden kann. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, hält in seinen Ausführungen das Zeitfenster für nicht umsetzbar, da der Fuhrpark der MVB dies nicht hergäbe. Er signalisiert die Stimmenenthaltung seiner Fraktion.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Stadträtin Schumann, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0109/22 in die Ausschüsse StBV und FG – ein.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, spricht sich ebenfalls gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass man vor der Beauftragung der MVB erst einmal die Kostenfrage klären müsse.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum, erklärt, dass derzeit noch keine richtige Lösung vorgeschlagen werden kann und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Parkplatzsituation.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, spricht sich ebenfalls gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 15 Ja-, 25 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0109/22 in die Ausschüsse StBV und FG – wird **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion vertritt der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Rösler, die Auffassung, dass es Möglichkeiten gäbe, kleinere Busse einzusetzen, ohne Parkplätze einzuschränken. Er bringt den Änderungsantrag ein und erläutert, dass im Beschlusstext das Datum 15.07.2022 durch „schnellstmöglich“ ersetzt werden soll.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, stellt den Antrag, den Antrag als Prüfantrag zu formulieren.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler **beschließt** der Stadtrat mit 27 Ja-, 9 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Im Beschlusstext wird das Datum 15.07.2022 durch das Wort „schnellstmöglich“ ersetzt.

Der Antrag des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion, den Antrag als Prüfantrag zu formulieren, wird vom Stadtrat mit 13 Ja-, 24 Neinstimmen und 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

Gemäß modifizierten interfraktionellen Antrag A0109/22 **beschließt** der Stadtrat mit 24 Ja-, 12 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4130-050(VII)22

Die Oberbürgermeisterin / Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Rücksprache mit der MVB eine Buslinie im Ringverkehr für Werder und Heumarkt schnellstmöglich bis zum Ende der Sperrung der Strombrücke einzurichten.

Die Linie soll folgende Route fahren: Heumarkt – Zollhaus – Mittelstraße – Lingnerstraße – Oststraße – B1 – Turmschanzenstraße.

Folgende Haltestellen sollen dabei angefahren werden: Heumarkt, Zollhaus, Lingnerstraße/Kegel-bahn, Gartenstraße (für den Anschluss an die Straßenbahnlinien 4 und 6), Turmschanzenstraße vor dem Ministerium für Infrastruktur und Digitalisierung.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future!

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 1)**

6.30. Strukturelle Radverkehrsförderung bis 2030

A0111/22

Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0111/22 in die Ausschüsse FG und StBV – vor.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future!, Stadträtin Linke, spricht sich gegen die Annahme des vorliegenden GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Stadtrat Schwenke, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja-, 22 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag – den interfraktionellen Antrag A0111/22 in die Ausschüsse FG und StBV zu überweisen – wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future!, Stadträtin Linke, bringt umfassend den vorliegenden interfraktionellen Antrag A0111/22 ein und bedankt sich bei allen Akteuren, die bei der Antragstellung mitgewirkt haben.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum vorliegenden Antrag A0111/22 Stellung und erklärt, dass er diesen in dieser Dimension für nicht durchsetzbar hält. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Folgen, wie Verkehrsbelastung etc..

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des interfraktionellen Antrages und verweist dabei auf einen Landesentscheid zum Einsatz von acht Prozent aller Straßenbaumittel für den Radverkehr.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum, nimmt punktuell zum Antrag Stellung und legt die Sichtweise der Verwaltung dar. Mit Hinweis auf die fehlenden personellen und finanziellen Kapazitäten, erläutert er, dass die Umsetzung der Forderungen nicht leistbar sei.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Stadtrat Pasemann, führt aus, dass der Antrag einer Diskussion in den Ausschüssen bedarf und die gewählte Verkehrswiese die demokratischen Prozesse in Magdeburg beschädige. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Hempel, macht erläuternde Ausführungen zur Zielstellung des Antrages und merkt an, dass die Geh- und Radwege in einem schlechten Zustand seien. Er begründet im Weiteren, warum aus seiner Sicht keine Beratung in den Ausschüssen notwendig sei.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, macht deutlich, dass er sich ebenfalls eine Überweisung in die Ausschüsse gewünscht hätte. Er schildert im Weiteren seine Erlebnisse des rasanten Fahrens von Lastenrädern und stellt klar, dass er sich in Magdeburg keine Berliner Verhältnisse wünsche. Stadtrat Stern hält weiterhin fest, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung die Radanlagen nicht nutze und signalisiert die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0111/22.

Eingehend auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen hält der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die geforderte Beschlusslage für unrealistisch. Er führt in diesem Zusammenhang aus, dass sich die gebauten Radwege in Magdeburg seiner Meinung nach in einem guten Zustand befinden.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen, Herr Kroll, gibt zu bedenken, dass der Antrag Spielräume für andere Investitionen verbaue und Beschlüsse in solcher Dimension nicht leistbar sein.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, spricht sich dafür aus, erst einmal umzusetzen, was in dieser Frage bereits beschlossen wurde. Er signalisiert die Ablehnung zum vorliegenden Antrag.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und wirbt erneut für die Annahme des Antrages. Er führt im Weiteren aus, dass es erhebliche Lücken im Radverkehrsnetz gäbe und es für die Sicherheit der Radfahrer*innen notwendig sei, das Geld zu investieren.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass aus wirtschaftlichen sowie aus Kapazitätsgründen der vorliegende Antrag nicht umsetzbar sei und begründet umfassend seine ablehnende Haltung. Er bringt den Änderungsantrag, im ersten Absatz des Antrages ist das Wort „umzusetzen“ durch die Worte „zu prüfen“, ein.

Auf Hinweis des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen, Herrn Kroll, ob man bezüglich der Zustände von Radwegen nicht eine Prioritätenliste erarbeiten könne, teilt der Vorsitzende des Ausschusses StBV, Stadtrat Stage, mit, dass es diese bereits gäbe.

Er geht im Weiteren auf die Historie bezüglich der Investitionen für das Radverkehrsnetz ein und bezeichnet die im Antrag genannten Summen als realistisch.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt kritisch zum Beschlusspunkt 3 des Antrages Stellung und bezeichnet diese Forderung als zu hart.

Der Vorsitzende Fraktion GRÜNE/future!, Stadtrat Meister, nimmt zur Frage der Ausschussbeteiligung Stellung und erklärt, dass der vorliegende Antrag als Grundsatzbeschluss gesehen werden soll. Mit Verweis auf die Situation in anderen Städten merkt er an, dass er dort einen hohen Qualitätsunterschied sehe.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum, bekräftigt erneut, dass der Antrag von der Verwaltung nicht umgesetzt werden kann und verweist in diesem Zusammenhang auf die benötigten Millionensummen für die Sanierung der Brücken.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 13 Ja-, 21 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag des Stadtrates Schuster, CDU-Ratsfraktion –

Im ersten Absatz des vorliegenden Antrages wird das Wort „umzusetzen“ durch die Worte „zu prüfen“ ersetzt –

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Stadtrat Pasemann, beantragt die namentliche Abstimmung zum vorliegenden interfraktionellen Antrag A0111/22. **(Anlage 2)**

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0111/22 **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 16 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4131-050(VII)22

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zur Förderung des Radverkehrs in der Landeshauptstadt folgende Maßnahmen umzusetzen.

1. Die Landeshauptstadt stellt ab dem Jahr 2023 nach dem Vorbild des Nationalen Radverkehrsplans pro Jahr mindestens 15 € pro Einwohner*in an Eigenmitteln, Zuweisungen, Investitionspauschalen und/oder allgemeinen Förderungen für Investitionen in den Radverkehr in den Haushalt ein.

2. Die Landeshauptstadt Magdeburg bewirbt sich darüber hinaus konsequent für bestehende und zukünftige und projektbezogene Förderprogramme für den Radverkehr, um die im nationalen Radverkehrsplan vorgesehen finanzielle Förderung des Radverkehrs durch Bund, Länder und Kommunen von mindestens 30 Euro pro Person und Jahr zu erreichen. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen dabei zunächst vorrangig für die Abarbeitung der bestehenden Prioritätenliste für den Radverkehr verwendet werden.

3. Die Landeshauptstadt errichtet oder saniert in diesem Rahmen pro Jahr mindestens 15 km Radwege pro Jahr nach Regemaß der aktuell geltenden Fassung der „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“.
4. Jährlich sollen 500 neue Fahrradabstellanlagen in bisher kaum mit öffentlichen Abstellanlagen versorgten Straßen und Quartieren errichtet werden. Bis 2030 sollen mindestens 3500 zusätzliche Fahrradabstellanlagen errichtet werden.
5. Pro Jahr passt die Landeshauptstadt 150 Bordsteinabsenkungen an Radwegen auf Null-Niveau an. In diesem Zusammenhang wird auch die Verbesserung von Querungsmöglichkeiten von begleitenden Fußwegen geprüft und wenn möglich angepasst.
6. Bis zum 2. Quartal 2023 ist dem Stadtrat ein Radverkehrskonzept für den Zeitraum 2023 - 2030 vorzulegen. Das Konzept ist unter Berücksichtigung der bestehenden Prioritätenliste, vorausgegangener (Rad)verkehrskonzepte, sowie Entwicklungsplänen der Landeshauptstadt zu entwickeln. Das Konzept soll einen Schulradwegeplan (in Anlehnung an das Konzept „sichere Schulwege“), eine Aufschlüsselung des Bestandes, sowie einen terminierten Maßnahmenplan enthalten.
7. Für die Umsetzung der Ziele bemüht sich die Landeshauptstadt um eine schnellstmögliche Schaffung und Besetzung der Stelle eines*iner Fuß- und Radverkehrsbeauftragten, sowie weiterer dafür benötigter spezifischer Verkehrsplanungsstellen. Bis zur Besetzung dieser Stellen oder sollten Stellen nicht besetzt werden können, sind die Planungen zügig extern zu beauftragen und wenn möglich durch Fördermittel zu finanzieren. Die erforderlichen Mittel für die Personalstellen sind ab dem Jahr 2023 konsequent in den Haushalt einzustellen.
8. Der Oberbürgermeister legt dem Stadtrat im Rahmen zukünftiger Haushaltbeschlüsse eine Übersicht über die nach den Nummern 1 und 2 eingestellten Mittel vor. Die Übersicht soll auch die Investitionen in den Radverkehr des jeweils aktuellen und des vergangenen Jahres enthalten.

6.31.	Einfacher Zugang für Kinder zu Trinkwasser an Bildungs- und Betreuungsstätten sichern	A0115/22
	Interfraktionell	

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0115/22 **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 1 Neinstimme und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4132-050(VII)22

Der/die Oberbürgermeister*in wird beauftragt zu prüfen, in wieweit praktische, hygienische, umweltfreundliche und taugliche Wasserhähne in Schulgebäuden und Kinderbetreuungsstätten (Kitas, Horteinrichtungen, etc.) installiert werden können. Die Prüfung soll zukünftig bereits bei der Planung von neuen Gebäuden für die genannten Zwecke berücksichtigt werden.

Die zu installierenden Wasserhähne sollen zwingend mit Wasserentnahmestellen ausgestattet sein, die ein Befüllen einer Wasserflasche ermöglichen und aus Komponenten bestehen, die rostfrei sind.

Bei Eignung und Umsetzung soll möglichst der Dienstleister vertraglich für die Wartung und Instandsetzung über den generellen Garantiezeitraum hinaus gebunden werden.

Die Ergebnisse der Prüfung sind in den Ausschüssen BSS, Juhi und FG vorzulegen.

6.32. Sicheren Übergang über die Friedrich-Ebert-Straße schaffen A0116/22

Fraktion AfD

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0116/22 ein.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, begründet die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion und verweist in diesem Zusammenhang auf die Information I0127/17.

Der Stadtrat **beschließt** mit 3 Ja-, 27 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4133-050(VII)22

Der Antrag A0116/22 der Fraktion AfD –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine sichere Querungsmöglichkeit für Fußgänger in der Friedrich-Ebert-Straße zwischen der Brandstraße und Im Brückfeld zu schaffen. –

wird **abgelehnt**.

6.33. Konzepterstellung Beleuchtung aller Straßen in der A0117/22
Landeshauptstadt Magdeburg

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0117/22 in die Ausschüsse FG, StBV und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-, 11 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0117/22 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz wird in Ausschüsse FG, StBV und KRB überwiesen.

6.34. Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben A0118/22

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0118/22 in die Ausschüsse StBV und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 6 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antrag A0118/22 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz wird in Ausschüsse StBV und KRB überwiesen.

6.35.	Gründung Klimabeirat für Magdeburg	A0119/22
	Interfraktionell	

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0119/22/1 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 21 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag A0119/22/1 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei –

Der Antrag A0119/22 wird wie folgt geändert (Änderung ist durchgestrichen):

Der/die Oberbürgermeister*in wird beauftragt einen Klimabeirat zu gründen. Im ersten Schritt ist dazu eine Satzung zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. ~~Im zweiten Schritt soll eine zusätzliche Stelle zur Geschäftsführung des Klimabeirats in der Verwaltung geschaffen werden.~~

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0119/22 **beschließt** der Stadtrat mit 22 Ja-, 9 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4134-050(VII)22

Der/die Oberbürgermeister*in wird beauftragt einen Klimabeirat zu gründen. Im ersten Schritt ist dazu eine Satzung zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Im zweiten Schritt soll eine zusätzliche Stelle zur Geschäftsführung des Klimabeirats in der Verwaltung geschaffen werden.

6.36.	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen	A0120/22
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0120/22 in die Ausschüsse VW, FG, StBV und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 15 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0120/22 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz wird in Ausschüsse VW, FG, StBV und KRB überwiesen.

6.37. Müllproblematik vor der MDCC-Arena A0122/22
Fraktion AfD

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0122/22 anhand von Bildmaterial ein und bezeichnet die dortige Situation als nicht tragbar.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung, Herr Platz, nimmt zum Antrag Stellung und legt dar, dass fehlende Papierkörbe ersetzt werden würden. Er geht im Weiteren auf die Frage der Zuständigkeit ein und stellt klar, dass die Umsetzung des Antrages nur gemeinsam mit dem Betreiber der MDCC-Arena möglich ist.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, verweist darauf, dass es bereits vor 5 Jahren einen entsprechenden Antrag zur Thematik gab und fragt in diesem Zusammenhang nach, wie der Stand zur Erarbeitung eines Papierkorbkonzeptes sei. Im Weiteren vertritt er die Auffassung, dass es kein ständiges Müllproblem vor der MDCC-Arena gäbe.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung, Herr Platz, informiert, dass mit der Umsetzung des Papierkonzeptes im Innenstadtbereich begonnen wird und die Verwaltung diesbezüglich im engen Kontakt mit den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit steht.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 2 Ja-, 25 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4135-050(VII)22

Der Antrag A0122/22 der Fraktion AfD –

Der Bürgermeister wird beauftragt geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Müllproblem vor der MDCC-Arena im Bereich Gübser Weg / Kanonenbahn zu lösen. Dazu soll unter anderem das Intervall der Leerungen vorhandener Abfallbehälter erhöht und die Leerung direkt nach größeren Veranstaltungen erfolgen, nicht mehr vorhandene Abfallbehälter ersetzt und bei Bedarf neue oder größere Abfallbehälter errichtet werden. –

wird **abgelehnt**.

6.38. Unterstützung für den 1.FC Magdeburg bei der Verbesserung A0123/22
der Infrastruktur für den Spiel- und Trainingsbetrieb
Interfraktionell

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0123/22 **beschließt** der Stadtrat mit 33 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

3. Wie oft tagt die Sperrkommission?
4. Was unternimmt der Baustellenkoordinator der Stadt Magdeburg konkret, um die Baustellen in Ostelbien zügiger fertigzustellen?
5. Warum ruht seit 3 Wochen die Baustelle auf der Berliner Chaussee, welche Arbeiten sind zur Fertigstellung noch zu verrichten? ¹
6. Warum ruht seit 4 Wochen die Baustelle in der Burchardstraße, welche Arbeiten sind zur Fertigstellung noch zu verrichten? ²
7. Wieso musste jetzt der Gübser Weg (MDCC – Arena) gesperrt werden (trotz Entlastung für die Baustelle in der Jerichower Straße)?
8. Warum kann der Gübser Weg nicht halbseitig gesperrt werden?
9. Welche Baustelle gab es vor drei Wochen am Gübser Weg?
10. Kann die Ampelanlage Friedrich – Ebert – Straße/ Gübser Weg in der Sperrphase abgeschaltet werden?
11. Wie lange dauert die Halbseitige Sperrung in der Herrenkrugstraße (stadteinwärts)?
12. Welchen Zeitraum benötigt aktuell die Berufsfeuerwehr Magdeburg bei einer Gefahrenlage Gübser Weg/Schwarzskopfweg/Lerchenhain – Privatweg/Pretziener Weg?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper merkt an, dass er keine Aussage zu den konkreten Anfragen treffen kann und verweist auf die inzwischen angestiegene Zahl von Anträgen und Anfragen an die Verwaltung, welche derzeit einen beträchtlichen Teil der Arbeitszeit der Verwaltung in Anspruch nehmen und diese hierdurch in ihrer Arbeit eingeschränkt wird.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0155/22) des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE

Vor einigen Wochen eröffneten Norma und Rossmann im ehemaligen SKET in der Schönebecker Straße, im Gentrifizierungstadtteil Buckau. Nun schließen beide Märkte wieder.

Ich frage in diesem Zusammenhang:

1. Erfolgte die Schließung auf Grund behördlicher Anordnung?
2. Wer ist für die Freigabe des Gebäudes für den öffentlichen Publikumsverkehr verantwortlich?
3. Welche baulichen Mängel führten zur Schließung der Märkte?
4. Warum wurden diese Mängel nicht vor der Eröffnung der Märkte behoben?
5. Kann die LH Magdeburg auf Grund baulicher Abnahmen in Regress genommen werden?
6. Wie zeichnet sich die weitere Entwicklung des Areals ab?
7. Was bedeuten die festgestellten Mängel für die Zuverlässigkeit des Investors bei weiteren baulichen Maßnahmen?

Ich bitte um eine ausführliche mündliche und schriftliche Antwort.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum informiert, dass durch die untere Bauordnungsbehörde, im Rahmen einer Bauüberwachung, Verstöße u.a. gegen Sicherheitsvorschriften festgestellt wurden. Er führt weiterhin aus, dass die Märkte aus diesen Gründen geschlossen wurden und Neueröffnungen erst nach Beseitigung der Mängel möglich sind. Hierzu gibt er an, dass die Bauverwaltung, das Bauordnungsamt und der Marktbetreiber in Konsultation stehen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage (F0168/22) des Stadtrates Baum, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie auch der medialen Berichterstattung zu entnehmen ist, wird die Stimmung auf Fuß- und Radwegen deutlich ungehaltener. Durch die Elektrifizierung des Radverkehrs, Fahrradlieferdienste sowie Elektroroller verändert sich die Situation in den mit Fußgänger:innen gemeinsam genutzten Verkehrsbereichen. Dies bedarf nach unserer Auffassung mehr Sensibilität bei Regelungen in solchen Verkehrs- bzw. Baustellenbereichen. Dies beginnt bei besseren Erläuterungen zu den für Einwohner:innen im Alltag herausfordernden Verkehrsbereichen in der Stadt.

Bezugnehmend auf die Anfrage F0131/22 und die Stellungnahme S0200/22 möchte ich gern wie folgt, unter den jeweiligen Punkten rückfragen:

1a) Warum ließen Sie die Haltelinien für Autos nicht zurückverlegen, um mehr Platz für die Querenden zu schaffen?

1b) Was genau bedeutet "Die Schaltzeiten der Ampelanlagen wurden für den ÖPNV optimiert"?

Werden Bahnen an der Kreuzung erkannt im Sinne einer Vorrangschaltung? Beobachtungen haben zudem gezeigt, dass die Bahnen wie die Linie 1 dort ca. drei Minuten stehen.

Bei den Schaltzeiten für Fußgänger:innen mögen "alle Parameter eingehalten" sein. Halten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, für praktikabel und zumutbar, dass Menschen an bis zu 3 Ampeln warten müssen, um von einer Kreuzungsecke zur Bahn zu gelangen?

1c) Wie und wann erfolgte die "Abstimmung mit den Beteiligten, Polizei und der Straßenverkehrsbehörde", denn zu gewissen Zeiten bilden sich so große Menschenmengen an den Überquerungen, dass kaum ein Durchkommen und entsprechend auch keine Übersichtlichkeit mehr gegeben ist. Wie und wann erfolgt die Auswertung der ergriffenen Maßnahmen mit den zuvor genannten Beteiligten um ggf. notwendige Anpassungen vorzunehmen?

"Konkrete Vorschläge werden gern entgegengenommen." - Wo können Einwohnerinnen diese einreichen?

2a) Die Frage nach Möglichkeiten, durch Markierung bzw. Beschilderung die Situation am Anfang und am Ende des gepflasterten Verbindungsstücks zwischen dem "Bereich unter der Ringbrücke" über die Tunneleinfahrt bis zur ZOB-Einfahrt übersichtlicher und sicherer zu machen, wurde nicht beantwortet. Es sind drei unübersichtliche Stellen hintereinander, an denen sich Radfahrer:innen und Fußgänger:innen unklarer Wegführung sowie Spurverengungen jeweils in Kurvenbereichen ausgesetzt/konfrontiert sehen.

Warum ist selbst eine einfache Hinweisbeschilderung, um vorsichtig oder langsam zu fahren, an den drei Stellen nicht möglich? Gerade dort, wo Fußgänger:innen den Radweg kreuzen müssen oder wo Fußweg und Radweg zusammengeführt werden, ist dies dringend erforderlich und längst überfällig.

Es wird um eine ausführliche schriftliche sowie eine kurze mündliche Antwort gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum führt aus, dass sich die Straßenbahnen schon vor Einrichtung der Baustelle gelegentlich am City Carré stauen. Er erklärt, dass dies die optimierteste Lösung ist. Weiterhin führt er aus, dass der motorisierte Individualverkehr hierdurch längere Standzeiten hat. Zu den Schildern merkt Herr Rehbaum an, dass er hierzu im Gespräch mit Herrn Fuß steht und dieser die Ausrichtung der Warnschilder prüft. Er legt außerdem dar, dass alle Anfragen der Bürger*innen auch in das Tiefbauamt geleitet werden und der Mobilitätskoordinator die Thematik prüft und Optimierungsvorschläge entwickelt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Norman Belas
1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future! zum TOP 6.29
– A0109/22

Anlage 2 – namentliche Abstimmung zum TOP 6.30 – A0111/22

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas
Anke Jäger
Christoph Abel
Tobias Baum
Matthias Borowiak
Matthias Boxhorn
Stephan Bublitz
Aila Fassl
Dr. Falko Grube
Marcel Guderjahn
René Hempel
Dennis Jannack
Kornelia Keune
Hagen Kohl
Mathilde Lemesle
Madeleine Linke
Nadja Lösch
Julia Mayer-Buch
Olaf Meister
Christian Mertens
Kathrin Meyer-Pinger
Burkhard Moll
Oliver Müller
Stephan Papenbreer
Frank Pasemann
Tim Rohne
Jens Rösler
Manuel Rupsch
Chris Scheunchen
Evelin Schulz
Andreas Schumann
Carola Schumann
Frank Schuster
Wigbert Schwenke
Mirko Stage
Reinhard Stern
Dr. Lutz Trümper
Dr. Thomas Wiebe
Roland Zander
Dr. Niko Zenker

Geschäftsführung

Silke Luther

Abwesend - entschuldigt

Julia Bohlander

Julia Brandt

Jürgen Canehl

Bernd Heynemann

Michael Hoffmann

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Karsten Köpp

Ronny Kumpf

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Kathrin Natho

Robby Schmidt

Barbara Jutta Tietge